

Pauschalierung von Sachzuwendungen

Sachzuwendungen, die im Wirtschaftsleben gewährt werden, genießen seit jeher die besondere Aufmerksamkeit der Finanzverwaltung.

Es handelt sich dabei um Leistungen, die nicht in Geld, sondern in einem sonstigen geldwerten Vorteil bestehen. Sie sind im weitesten Sinne als (Gegen-) Leistung einzuordnen, die den Empfänger bereichern. Die immer wieder spannende Frage ist dann: Inwieweit ist der Sachbezug beim Empfänger der Einkommensteuer zu unterwerfen?

Folgende bestehende Regelungen kommen vielen Lesern sicher bekannt vor:

- Betrieblich veranlasste Geschenke an Geschäftsfreunde dürfen pro Empfänger und Jahr bis zur Höhe von 35 Euro als Betriebsausgaben abgezogen werden. Der 35-Euro-Betrag ist kein Freibetrag, sondern eine "Freigrenze". D.h., liegen die Aufwendungen für das Geschenk darüber, ist ein Betriebsausgabenabzug insgesamt nicht möglich.
- Soweit bei eigenen Arbeitnehmern der geldwerte Vorteil von Sachbezügen im Kalendermonat den Betrag von 44 Euro nicht übersteigt, bleiben die Sachbezüge bei der Lohnsteuer außer Ansatz. Auch hier handelt es sich um eine Freigrenze.
- Sogenannte Aufmerksamkeiten des Arbeitgebers für die eigenen Arbeitnehmer unterliegen nicht der Lohnsteuer. Es handelt sich dabei z. B. um Blumen, Genussmittel, ein Buch oder einen Tonträger, die dem Arbeitnehmer oder seinen Angehörigen aus Anlass eines besonderen persönlichen Ereignisses zugewendet werden und die einen Wert bis 40 Euro haben.

Im Jahressteuergesetz 2007 wurde mit einem **neuen** § 37b EStG eine weitere Regelung geschaffen. Sie ermöglicht es dem zuwendenden Unternehmen, die Steuer auf Sachzuwendungen an eigene Arbeitnehmer und Dritte mit **30 % der tatsächlichen Kosten** des Zuwendenden einschließlich Umsatzsteuer pauschal zu erheben.

Das Ganze wird über die Lohnsteuermeldung abgewickelt.
Durch diese Pauschalsteuer ist die steuerliche Belastung des geldwerten Vorteils beim Zuwendungsempfänger dann abgegolten.

Wegen zahlreicher Unklarheiten in der neuen Regelung veröffentlichte das Bundesfinanzministerium am 29.4.2008 ein mehrseitiges Schreiben dazu.

Unter anderen wurden folgende Punkte erklärt:

1. Die Entscheidung zur Pauschalierung muss einheitlich für alle innerhalb eines Wirtschaftsjahres gewährten Sachzuwendungen getroffen werden. Das Pauschalierungswahlrecht für Zuwendungen an eigene Arbeitnehmer und Dritte kann jedoch jeweils getrennt ausgeübt werden.

Das Wahlrecht ist endgültig zeitnah nach Ablauf des Wirtschaftsjahres auszuüben. Es kann dann nicht mehr zurückgenommen werden.

2. Zuwendungen, die ein Arbeitnehmer von einem Dritten erhalten hat, können nicht vom eigenen Arbeitgeber nach § 37b EStG pauschal besteuert werden. Diese Pauschalierung kann nur der Zuwendende selbst vornehmen.

3. Sachzuwendungen mit Anschaffungskosten bis zu 10 Euro gelten als Streuartikel und fallen nicht unter die pauschale Besteuerung

4. Bei hohen Sachzuwendungen darf nicht pauschaliert werden; die Zuwendung ist beim Empfänger mit dem individuellen Steuersatz zu besteuern. Das ist der Fall, soweit die Aufwendungen je Empfänger und Wirtschaftsjahr 10.000 Euro übersteigen (Höchstbetrag) oder wenn die Einzelzuwendung 10.000 Euro (Höchstgrenze) übersteigt.

5. Die drei oben genannten Regelungen werden von der Pauschalierungsmöglichkeit nicht berührt, d.h. derartige Zuwendungen sind bei der Pauschalierung nicht einzubeziehen.

6. Der Zuwendungsempfänger ist über die Anwendung der Pauschalierung zu unterrichten.

Andrea Zangl, Pischel & Kollegen, Andrea.Zangl@Pischel.info